

## **67 Siebte Verordnung über die zuständigen Behörden nach den Gesetz zum NATO - Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 19.05.1998**

Siebte Verordnung  
über die zuständigen Behörden  
nach den Gesetz zum NATO - Truppenstatut  
und zu den Zusatzvereinbarungen

Vom 19. Mai 1998 ( [Fn1](#))

Auf Grund des Artikels 8 Abs. 3 des Gesetzes zum NATO - Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (BGBl. II S. 1183), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. September 1994 (BGBl. II S. 2594), wird verordnet:

### **§ 1**

Zuständig für die Regulierung von Ansprüchen nach Artikel VIII Abs. 5 des NATO - Truppenstatuts, der sich gegen die Entsendestaaten der ausländischen Streitkräfte richten ist

- die Stadt Köln  
für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln,

- der Kreis Lippe

für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster.

### **§ 2**

Zuständig für die Regulierung von Ansprüchen der/des nach § 1 zuständigen Stadt/Kreises oder von juristischen Personen, deren Anteile sich zu mehr als 50 vom Hundert in ihrer Hand befinden, ist die Bezirksregierung Detmold.

### **§ 3 ( [Fn2](#))**

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1998 in Kraft.

Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Der Finanzminister

Der Justizminister

<sup>Fn 1</sup> GV. NW. 1998 S. 387.

<sup>Fn 2</sup> § 3 Satz 2 gegenstandslos; Aufhebungsvorschrift.